

# Uni 4.0

## Digitale Studentenwelt

So viel Prozent der Hochschul­ler in Deutschland nutzen in ihrem Studium ...



Befragung von rund 27.000 Studenten an 153 deutschen Hochschulen im Jahr 2015

Quelle: Persike/Friedrich (2016)  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Digitalisierung.** Natürlich nutzen Studenten die neuen Medien – allerdings nicht unbedingt im Rahmen ihres Studiums. Zu diesem Ergebnis kommt das „Hochschulforum Digitalisierung“, das erforscht hat, inwieweit internetbasierte Medien in der Hochschullehre und im Studium angewendet werden. Doch nicht nur die Studenten hinken beim Einsatz von interaktiven Werkzeugen und elektronischen Übungsaufgaben hinterher, auch die Unis lassen sich Zeit: Nur für jede dritte Hochschule hat die digitale Lehre einen hohen Stellenwert.

→ [Seiten 2-3](#)

## Arme Städter

**Regionale Armut.** Ist man mit wenig Geld auch dann arm, wenn man in einer Region mit vergleichsweise günstigen Lebenshaltungskosten lebt? Nicht unbedingt, belegt das IW Köln in einer Analyse. Denn wenn man die unterschiedlichen Preisniveaus berücksichtigt, sind die Menschen in ländlichen Regionen seltener von Kaufkraftarmut betroffen als Städter.

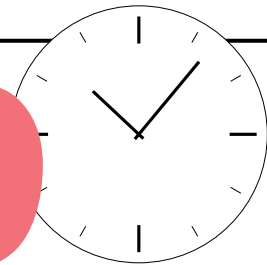
→ [Seiten 8-9](#)

# Kalt erwischt

**Einkommenssteuer.** Die sogenannte kalte Progression hat laut IW-Berechnungen dazu geführt, dass die Steuerzahler in Deutschland von 2011 bis 2015 im Schnitt rund 870 Euro zu viel an den Staat abgeführt haben. Im iwd-Interview erläutert Clemens Fuest vom ifo Institut seine Ideen für eine Einkommenssteuerreform, die die Steuerpflichtigen deutlich entlasten würde.

→ [Seiten 4-5](#)

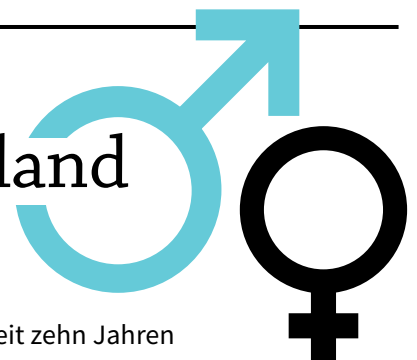
# 89



Milliarden Stunden arbeiten die Deutschen durchschnittlich im Jahr, ohne Geld dafür zu bekommen. Damit investieren die Bürger mehr Zeit in Haus- und Gartenarbeit, Pflege, ehrenamtliche und handwerkliche Tätigkeiten als in bezahlte Arbeit: Deren Umfang beläuft sich nämlich auf nur 66 Milliarden Stunden im Jahr.

→ [Seite 7](#)

## Deutschland sackt ab



**Chancengleichheit.** Seit zehn Jahren untersucht das Weltwirtschaftsforum, wie es um die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern steht. Im aktuellen Ranking schneiden die skandinavischen Länder Island, Finnland und Norwegen am besten ab. Deutschland kommt nur auf Platz 13 – im Jahr 2006 nahm die Bundesrepublik noch Platz 5 ein.

→ [Seiten 10-11](#)

# Die meisten Hochschulen arbeiten noch analog

**Digitalisierung.** *Ausgerechnet dort, wo neues Wissen entsteht, steckt die Digitalisierung noch in den Kinderschuhen. Bislang verknüpft in Deutschland erst jede dritte Hochschule die klassische Präsenzlehre mit digitalen Lehr- und Lernformen. Auch die Studenten nutzen internetbasierte Medien nur selten zum gemeinsamen Lernen oder Üben.*

Schon seit zwei Jahrzehnten setzen deutsche Hochschulen E-Learning-Angebote ein, aber Veränderungen in der Lehre zeichnen sich nach Einschätzung des Expertenverbands „Hochschulforum Digitalisierung“, der nach zweieinhalbjähriger Arbeit gerade seine Abschlusskonferenz abgehalten hat, nur langsam ab:

**Nur für knapp jede dritte Hochschule hat die digitale Lehre einen hohen Stellenwert.**

Zu diesem Ergebnis kommt eine im Frühjahr 2016 durchgeführte Befragung zum Ausbaustand der digitalisierten Lehre unter rund 40 Prozent der insgesamt mehr als 400 deutschen Hochschulen. Demnach

praktiziert zwar nur noch eine verschwindend kleine Minderheit von 2 Prozent der Hochschulen die reine Präsenzlehre, eine systematische Kombination aus Online-Elementen und Präsenzlehre haben bislang aber erst 36 Prozent der befragten Unis und FHs realisiert (Grafik Seite 3).

## Digitales Lernen

So viel Prozent der Studenten nutzen diese digitalen Medien in ihrem Studium

Digitale Texte (z.B. PDF-Dateien zum Herunterladen)	98	Tutorials (im Internet abrufbare Lerneinheiten, die meist mit digitalen Foren verknüpft werden)	47
E-Mail	95	Chat (internetbasierte Kommunikationsmöglichkeit)	45
Digitale Präsentationstools (z.B. PowerPoint)	92	Audio (Software für das mündliche Kommentieren von zuvor hochgeladenen Medienobjekten)	40
Soziale Netzwerke (z.B. Facebook, LinkedIn, Flickr)	82	Web-Konferenzen (über das Internet durchgeführte Konferenzen, deren Teilnehmer sich an unterschiedlichen Orten befinden)	34
Wikis (Seiten im Internet, die gemeinsam bearbeitet werden)	78	Interaktive Werkzeuge (z.B. im Internet nachgebildete Laborumgebung für die Durchführung von Experimenten)	33
Video (z.B. Vorlesungsaufzeichnungen)	75	Blogs (auf einer Internetseite geschriebene Kommentare zu Lehrveranstaltungen, die für die gesamte Lerngruppe einsehbar sind)	31
Fachspezifische Datenbanken	69	Simulationen (z.B. Training von chirurgischen Eingriffen an virtuellen Patienten)	30
Digitale Foren (z.B. Internetseiten zum Austausch von Lernerfahrungen)	66	Educational Games (z.B. interaktive Planspiele)	28
Elektronische Übungsaufgaben	60	Microblogging (z.B. Twitter)	22
Online-Office-Tools (von der Hochschule zur Verfügung gestellte Software etwa zur Zusammenarbeit im Internet)	48		
Elektronische Klausuren	47		

Befragung von rund 27.000 Studenten an 153 deutschen Hochschulen im Jahr 2015

Quelle: Persike/Friedrich (2016)  
© 2016 IW Medien / iwd

Am weitesten verbreitet ist der punktuelle Einsatz von digitalen Elementen in der Lehre – nämlich in drei von vier Hochschulen. Ein reines Online-Studium in ausgesuchten Studiengängen bietet dagegen nicht mal jede fünfte Hochschule an. Häufiger eingesetzt werden digitale Medien zur Überprüfung von Lernvoraussetzungen oder Lernergebnissen: Rund zwei Drittel der Hochschulen nehmen E-Prüfungen oder E-Assessments vor – sei es bei der Einstufung in Kurse oder bei der Zulassung und Prüfung.

Da die meisten Hochschulen digitale Anwendungen noch nicht systematisch mit dem Präsenzstudium verknüpfen, nutzen auch die Studenten am häufigsten eher klassische digitale Medien wie PDF-Dokumente, E-Mails oder PowerPoint (Grafik Seite 2). Das ergab eine Befragung von Studenten durch das Centrum für Hochschulentwicklung, die elf Fächer an 153 Hochschulen erfasste. Berücksichtigt wurden nur Studenten klassischer Präsenzstudiengänge, Hochschüler in Fernstudienangeboten und weiterbildenden Studiengängen dagegen wurden nicht befragt.

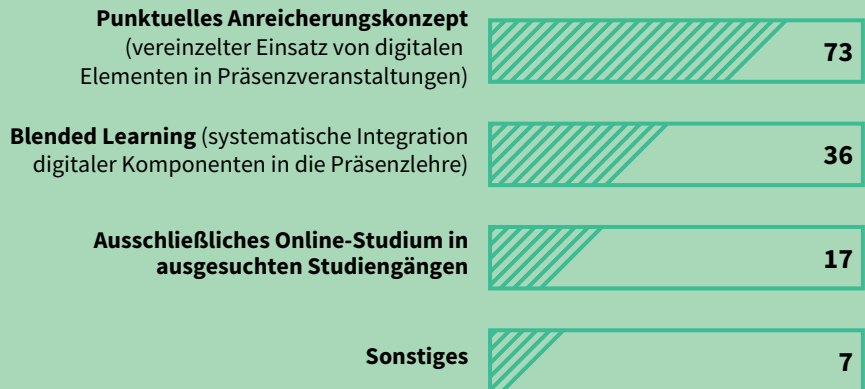
#### **Acht von zehn Studenten kommunizieren im Studium über die bekannten sozialen Netzwerke wie Facebook oder Flickr.**

Etwa drei Viertel der Hochschüler nutzen das Internet, um in sogenannten Wikis gemeinsam Texte zu bearbeiten. Genauso viele greifen auf Videoaufzeichnungen von Vorlesungen zurück, um zeit- und ortsunabhängig zu lernen. Und zwei Drittel der Studenten tauschen Lernerfahrungen über digitale Foren aus.

Wenig genutzt werden digitale Studienformen, in denen Studenten direkt mit Kommilitonen und Dozenten kommunizieren – was wiederum daran liegt, dass die Hochschulen diese Medien bislang


## **Digitales Lehren**

*in Prozent der Hochschulen*



Mehrfachnennungen; Befragung von 200 deutschen Hochschulen im März/April 2016

Quelle: Wannemacher (2016)  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

noch wenig anbieten. Zwar werden mittlerweile Übungsaufgaben auf elektronischem Weg absolviert, aber elektronische Klausuren oder im Internet abrufbare Lerneinheiten, die mit digitalen Foren systematisch verknüpft sind (Tutorials), findet man im studentischen Alltag eher selten.

Theoretisch ermöglichen digitale Medien nicht nur ein zeit- und ortsunabhängiges Studium, sie bieten dank kooperativer Software und virtueller Realität auch neue Lernerfahrungen. So kann etwa über Ländergrenzen hinweg in Web-Konferenzen in Teams gearbeitet werden. Tatsächlich tut dies bislang aber nur jeder dritte Student.

Die Digitalisierung kann auch Kapazitätsengpässe mildern. Knappe Laborplätze beispielsweise können effektiver genutzt werden, wenn sich die Studenten vorab in virtuellen Laborumgebungen vorbereitet haben. So wird an einigen Hochschulen ein „Virtuelles Praktikum Gentechnik“ für die experimentelle Arbeit eingesetzt. Solche virtuellen Labore gibt es aber erst für rund 30 Prozent der Studenten.

Ähnlich sieht es beim Einsatz von Simulationen aus: So können

beispielsweise angehende Chirurgen an den Unistädten Heidelberg und Mannheim komplizierte Augenoperationen zunächst einmal am virtuellen Modell üben. Studenten der RWTH Aachen wiederum haben die Möglichkeit, Funktionsweisen von Maschinen virtuell nachzuvollziehen.

Für das Interagieren mit der virtuellen Welt benötigen die Hochschulen jedoch nicht nur eine anspruchsvolle Hard- und Software. Auch der Lehrstoff muss entsprechend strukturiert und von geschultem Personal medial aufbereitet werden. Damit ist eines klar: Die Hochschule 4.0 ist nicht ohne Investitionen zu haben.

Die digitale Infrastruktur an den Universitäten und Fachhochschulen muss nachhaltig ausgebaut werden – und nicht wie gegenwärtig in befristeten Projekten. Da internetbasierte Studienmöglichkeiten zudem nicht an Landesgrenzen haltmachen, sollten Bund und Länder künftig gemeinsame Finanzierungsstrategien für die digitale Lehre entwickeln.



Mehr dazu lesen Sie unter:  
link. [iwd.de/hochschul-interview](http://iwd.de/hochschul-interview)

# Die heimliche Steuererhöhung

**Einkommenssteuer.** Weil die Inflation die Steuerprogression verschärft, zahlen die Bundesbürger nach einer Lohnerhöhung immer mehr Steuern, denen kein Gewinn an Kaufkraft gegenübersteht. Fast 37 Milliarden Euro kamen so seit 2011 für den Fiskus zusammen.

Alle reden über die Rente und steigende Beitragslasten, die drohen, wenn weitere „Rentengeschenke“ verteilt werden. Erstaunlich ruhig ist es dagegen beim Thema Steuern – mehr oder weniger klaglos schlucken die Bundesbürger seit Jahren verdeckte Mehrbelastungen: Die Rede ist von der kalten Progression.

Darunter versteht man jenen überproportionalen Anstieg der Steuerlast durch Einkommenserhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, nicht aber zu mehr Kaufkraft führen.

Weil die kalte Progression eine unsichtbare Zusatzlast ist, kann Otto Normalsteuerzahler sie nicht in Euro und Cent beziffern. Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln schließt diese Informationslücke.

Demnach haben die Steuerzahler seit dem Vergleichsjahr 2010 – jenem Jahr, in dem alle Einkommensgrenzen des Steuertarifs zum letzten Mal vor 2016 angepasst worden sind – im Schnitt 871 Euro zu viel an den Staat abgeführt. Im Verhältnis zur eigentlichen Steuerlast trifft die kalte Progression ausgerechnet die unteren und mittleren Einkommensgruppen am härtesten (Grafik):

**Das zweite Einkommenszehntel mit einem Durchschnittsbruttoeinkommen von 1.207 Euro im Monat verzeichnete die größte prozentuale Mehrbelastung. Diese Gruppe musste 2015 allein aufgrund der**

## So wirkt die kalte Progression

■ So viel Euro zahlte ein Steuerpflichtiger aus dieser Einkommensgruppe allein wegen der kalten Progression im Jahr 2015 mehr an Einkommenssteuer als 2010

Einkommenszehntel	Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen in Euro	2015	In Prozent der Steuerlast des Jahres 2010
1. (Unterstes)	785	33	8,2
2.	1.207	38	11,8
3.	1.544	47	7,3
4.	1.878	52	5,0
5.	2.207	123	7,0
6.	2.564	121	4,6
7.	2.996	184	4,9
8.	3.585	203	3,8
9.	4.388	264	3,6
10. (Oberstes)	7.159	489	2,7

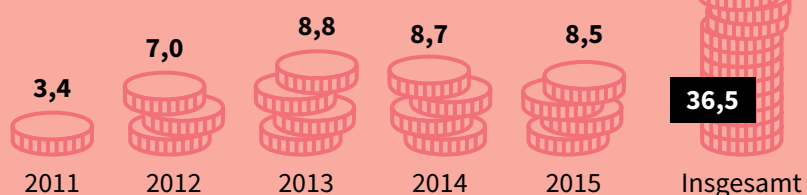
Einkommenssteuer: einschließlich Solidaritätszuschlag; Einkommenszehntel: alle Haushalte werden aufsteigend nach Einkommenshöhe sortiert und in zehn gleich große Gruppen eingeteilt; Bruttomonatseinkommen: Bruttoäquivalenzeinkommen – dafür werden die Haushaltseinkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar gemacht und auf Singlehaushalte umgerechnet

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt © 2016 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Inflation füllt Staatskasse

Zusätzliches jährliches Steueraufkommen allein durch die kalte Progression im Vergleich zu 2010 in Milliarden Euro



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt © 2016 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Inflation fast 12 Prozent mehr Steuern zahlen als 2010.

Für den Fiskus ist das ein lohnendes Geschäft: Die kalte Progression spülte von 2011 bis 2015 insgesamt 36,5 Milliarden Euro in die Staatskassen (untere Grafik Seite 4).

Nun ist es keineswegs so, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble das Problem nicht erkannt hätte. Der Steuertarif wurde im Jahr 2016 an die Inflation angepasst und wird 2017 noch einmal korrigiert – allerdings 2016 für die Jahre 2014 und 2015 sowie 2017 nur um die Inflation von 2016. Es fehlt jeweils die Inflation des betreffenden Steuerjahres, die ja ebenfalls eine kalte Progression verursacht – und auch die Preissteigerung der Jahre 2011 bis 2013 blieb und bleibt unberücksichtigt.

**Nach IW-Berechnungen würde die kalte Progression seit 2010 erst dann vollständig beseitigt, wenn alle Einkommensgrenzen im Steuertarif gegenüber 2016 um 7,5 Prozent angehoben würden – statt um 0,72 Prozent, wie tatsächlich geschehen.**

Der Staat müsste dann im Vergleich zum Steuertarif 2016 auf Einnahmen in Höhe von 9,5 Milliarden Euro verzichten. Noch besser als eine einmalige Angleichung wäre aber eine automatische Anpassung der Einkommensgrenzen an die Inflation, also eine sogenannte Indexierung des Steuertarifs. Denn dann müsste nicht jedes Mal und abhängig von der Haushaltslage neu entschieden werden.



Mehr dazu lesen Sie unter:  
link [iwd.de/kalteprogression](http://iwd.de/kalteprogression)

### IW policy paper 14/2016

Martin Beznoska: Die Belastungs- und Aufkommenswirkungen der kalten Progression

[iwkoeln.de/kalte-progression](http://iwkoeln.de/kalte-progression)

*Ob und warum es richtig ist, die Steuerzahler zu entlasten, darüber hat der „iwd“ mit dem Finanzwissenschaftler und Präsidenten des Münchener ifo Instituts, Clemens Fuest, gesprochen.*



Foto: ifo Institut

## „Es geht um hart erarbeitetes Geld“

**Herr Fuest, wenn Sie Bundesfinanzminister wären und die Einkommenssteuer reformieren dürften: Womit würden Sie anfangen?**

Ich würde einen sogenannten Tarif auf Rädern einführen, um die kalte Progression zu beseitigen. Denn sie bringt derzeit stetige Steuererhöhungen, ohne dass eine Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit stattfindet. Wenn die Politik die Steuern erhöhen will, sollte sie dazu stehen, und das Parlament sollte zustimmen.

Beim Abbau des Mittelstandsbauchs geht es dagegen um die Lastenverteilung unter den Steuerzahlern – und wie diese gestaltet wird, ist eine politische Entscheidung. Ich würde den Mittelstandsbauch abflachen und die obere Proportionalzone mit 42 Prozent Steuersatz bei höheren Einkommen als heute beginnen lassen.

**Sie haben berechnet, dass dies bei einem Jahreseinkommen von um die 80.000 Euro die größte prozentuale Entlastung brächte. Warum brauchen ausgerechnet die Besserverdiener Steuergeschenke?**

Von einer Abflachung des Mittelstandsbauchs würden alle Steuerzahler profitieren. Allerdings ist kaum zu vermeiden, dass die, die am meisten Steuern zahlen, auch am stärksten entlastet werden. Wenn man das begrenzen will, kann man

den Grenzsteuersatz für höhere Einkommen anheben.

**Dieser Abbau des Mittelstandsbauchs bedeutet für den Staat bis zu 36 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen. Können wir uns das leisten?**

Letztlich geht es um die Frage, ob man lieber höhere Steuern und höhere Staatsausgaben hat oder von beidem weniger. Eine Orientierungslinie könnte die Forderung sein, dass die Steuerquote weder steigen noch sinken sollte. Wenn man die Steuerquote von 2014 als Basis nimmt und sie konstant hält, bestehen bis 2020 Entlastungsspielräume von knapp 20 Milliarden Euro. Wenn man darüber hinausgeht, muss man Ausgaben senken. Es ist wichtig, dass sich die Politik gelegentlich fragt, ob die vorhandenen Staatsausgaben einschließlich der vielen Subventionen wirklich nötig sind.

**Wäre der Bundesfinanzminister nicht besser beraten, erst die Schulden abzubauen – um für Zeiten steigender Zinsen gewappnet zu sein?**

Das Problem besteht darin, dass bei Haushaltsüberschüssen massiver politischer Druck entsteht, neue Ausgabenprogramme aufzulegen, die oft von zweifelhaftem Nutzen sind. Ein Beispiel ist die Rente mit 63. Da ist es besser, Steuern zu senken. Das sind keine Geschenke, denn es geht um Geld, das sich die Steuerzahler hart erarbeitet haben.



# Importschlager Fachkraft

## Anerkennungsverfahren.

In Deutschland wurden im vergangenen Jahr mehr als 17.000 ausländische Berufsqualifikationen geprüft und beschieden. Die meisten Antragsteller bringen eine Ausbildung in einem medizinischen Gesundheitsberuf mit.

Wer im Ausland einen Berufsabschluss erworben hat und in der Bundesrepublik seinem Beruf nachgehen möchte, kann seine Qualifikation seit 2012 in Deutschland anerkennen lassen. Das Interesse an dieser Möglichkeit ist groß – und steigt von Jahr zu Jahr (Grafik):

**Insgesamt wurden schon über 63.000 Anträge auf Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses gestellt; allein 2015 bearbeiteten die zuständigen Stellen rund 22.400 Anträge. Und mehr als 17.000 Antragsteller erhielten einen Bescheid über den Ausgang ihres Verfahrens.**

Gestiegen ist auch die Quote der erfolgreich beschiedenen Verfahren: Im vergangenen Jahr wurden 10 Prozent mehr Abschlüsse als voll gleichwertig mit den deutschen Pendanten anerkannt als im Jahr 2014; bei den als eingeschränkt gleichwertig eingestuften Abschlüssen beträgt das Plus 44 Prozent.

Letzteres ist für die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die Kammern der freien Berufe eine große Herausforderung. Denn sie müssen mithilfe von Bildungseinrichtungen und der Unternehmen selbst ausreichend Angebote für Anpassungsqualifizierungen schaffen: Schließlich soll jeder Antragsteller die Möglichkeit erhalten, die volle Gleichwertigkeit für seine im Ausland erworbene Qualifikation zu erlangen. Gänzlich abgelehnt wurden übrigens zuletzt nur 2,6 Prozent der Anträge.

Die meisten Anerkennungsverfahren werden von Absolventen medizinischer Gesundheitsberufe angestrengt, also vor allem von Ärzten, Krankenpflegern und Physiotherapeuten.

Rund ein Viertel der Antragsteller strebt eine Anerkennung für einen dualen Ausbildungsberuf an:

**Mit zu den häufigsten beruflichen Qualifikationen, die in Deutschland anerkannt werden sollen, zählen ausländische Abschlüsse als Elektroniker, Kraftfahrzeugmechaniker und Elektroanlagenmonteur.**

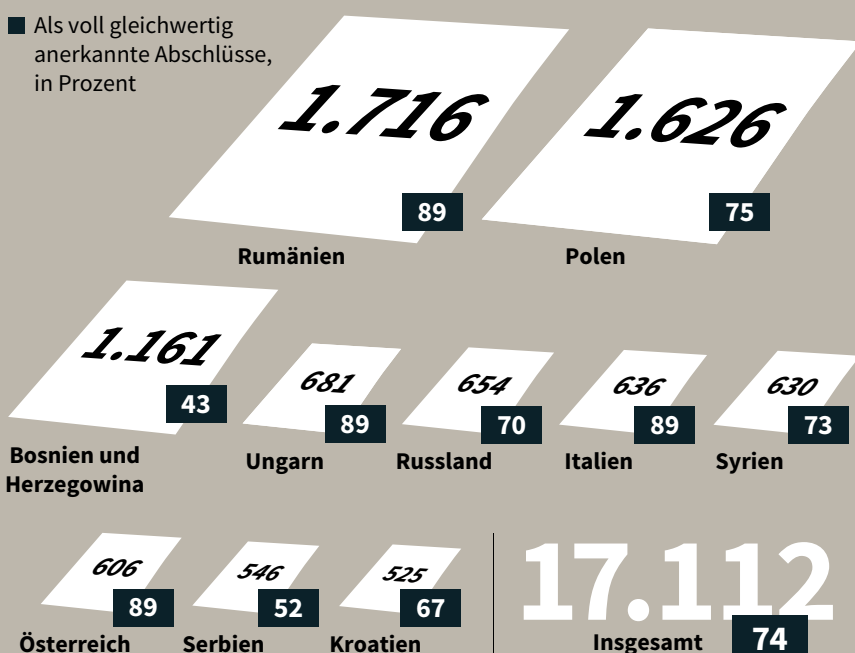
Für diese Berufe sind die Anerkennungsquoten vergleichsweise hoch: So waren 2015 beispielsweise 77 Prozent aller Anträge auf Anerkennung als Elektroanlagenmonteur vollständig erfolgreich.

Für die heimische Wirtschaft ist dies eine gute Nachricht. Schließlich gibt es in den drei genannten Ausbildungsberufen in Deutschland einen Fachkräfteengpass.

## Ausländische Berufsabschlüsse: Top 10 der Antragsteller

So viele ausländische Berufsqualifikationen wurden 2015 auf ihre Gleichwertigkeit zu einer deutschen Qualifikation überprüft

■ Als voll gleichwertig anerkannte Abschlüsse, in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, BIBB © 2016 IW Medien / iwd

# Das bisschen Haushalt

**Arbeitsstunden.** Einerseits arbeiten die Bundesbürger immer weniger – andererseits arbeiten sie mehr unbezahlt als bezahlt. Die jüngsten Daten zur sogenannten Haushaltsproduktion fördern Erstaunliches zutage.

Was machen die Leute mit ihrer Zeit? Diese Frage hat das Statistische Bundesamt vom Sommer 2012 bis zum Sommer 2013 rund 5.000 Haushalten mit 11.000 Personen ab zehn Jahren gestellt. Zwar hat es lange gedauert, bis die Ergebnisse vorlagen, dafür sind sie umso überraschender – zumindest beim Thema Arbeit (Grafik):

**Die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden ist von 69 Milliarden im Jahr 1992 auf 66 Milliarden im Jahr 2013 zurückgegangen – obwohl die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um fast 4 Millionen gestiegen ist.**

Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch ist die rückläufige Arbeitszeit je Beschäftigten, zum Beispiel durch vermehrte Teilzeit. Noch überraschender ist vielleicht, dass die bezahlte Arbeit keineswegs die Hauptbeschäftigung der Bundesbürger ist:

**Im Jahr 2013 haben die Bundesbürger 89 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit geleistet.**

Zu dieser sogenannten Haushaltsproduktion zählen Haus- und Gartenarbeit, Pflege und Betreuung, Ehrenämter sowie der Bereich Bauen und Handwerk, zum Beispiel Eigenleistungen wie Tapezieren.

Zwar ist auch die Zahl der unbezahlten Arbeitsstunden gesunken – seit 1992 sogar fast dreimal so stark wie bei der bezahlten Arbeit. Dies liegt an der gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen, der rückläufigen Zahl an Kindern und an dem Trend, Hausarbeiten wie Kochen durch den Griff zu vorgefertigten Nahrungsmitteln zu ersetzen und externe Dienstleister sowie Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen.

Trotzdem kamen die Bundesbürger im Jahr 2013 auf rund ein Drittel mehr unbezahlte als bezahlte Arbeitsstunden. Auch in Euro und Cent gerechnet hat die Haushaltsproduktion durchaus Gewicht:

**Bewertete Arbeitszeit.** Setzt man den Nettostundenlohn von Hauswirtschafterinnen oder Hauswirtschaftern an, dann waren die 89 Milliarden unbezahlten Arbeitsstunden des Jahres 2013 rund 826 Milliarden Euro wert.

**Bruttowertschöpfung.** Dazu zählen die bewertete Arbeitszeit, bestimmte Steuern und Abschreibungen

## Die meiste Arbeit in Deutschland ist unbezahlt

in Milliarden Stunden

- Unbezahlte Arbeit in privaten Haushalten
- Erwerbsarbeit




## Bewertung der unbezahlten Arbeit 2012/2013

in Milliarden Euro

Haus- und Gartenarbeit	656
Pflege und Betreuung	70
Ehrenamt	70
Bauen und Handwerk	29
<b>insgesamt</b>	<b>826</b>

Bewertung der unbezahlten Arbeit: nach dem Generalistenansatz, das heißt, alle Arbeiten werden mit dem Nettostundenlohn von Hauswirtschafterinnen oder Hauswirtschaftern bewertet

Quelle: Schwarz/Schwahn (2016)  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

sowie selbstgenutztes Wohneigentum und die unterstellten Einkommen daraus. Insgesamt ergibt sich für 2013 eine Bruttowertschöpfung von 987 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die im Bruttoinlandsprodukt erfasste gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung belief sich 2013 auf gut 2.500 Milliarden Euro, das Verarbeitende Gewerbe kam auf 570 Milliarden Euro.

**Produktionswert.** Er umfasst neben der Bruttowertschöpfung die Vorleistungen, also jene Käufe der privaten Haushalte, die dann im Rahmen der Haushaltsproduktion weiterverarbeitet werden – wenn etwa aus Mehl, Zucker und Butter ein Kuchen wird. Demnach haben die privaten Haushalte 2013 einen Produktionswert von rund 1.373 Milliarden Euro geschaffen.

# Städte machen arm

**Regionale Armut.** Die unterschiedlichen Preisniveaus führen dazu, dass in den deutschen Städten ein deutlich höherer Anteil der Einwohner armutsgefährdet ist als auf dem Land. Die Politik ist daher gefordert, die regionale Förderung neu auszurichten.

15,4 – so viel Prozent aller Bundesbürger waren 2014 nach offizieller Definition einkommensarm, das heißt, sie hatten weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung. Um wirklich beurteilen zu können, wie verbreitet Armut in Deutschland ist, muss man jedoch wissen, was die Menschen sich von ihrem Einkommen leisten können. Das wiederum ist eine Frage der Kaufkraft und damit des Preisniveaus.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat deshalb die Schwellenwerte für Einkommensarmut um die unterschiedlichen Preisniveaus in den Städten und Kreisen bereinigt – aus Einkommensarmut wird damit Kaufkraftarmut. Das regionale Armutsmuster verändert sich durch diese Neuberechnung erheblich (Tabelle Seite 9):

- **Ost-West-Vergleich.** Als einkommensarm gelten gut 19 Prozent der Ost-, aber nur etwas mehr als 14 Prozent der Westdeutschen. Allerdings ist das Preisniveau in den ostdeutschen Bundesländern um gut 5 Prozent niedriger als im Westen. Die Folge: Das Ost-West-Gefälle schrumpft durch die Preisbereinigung – knapp 15 Prozent kaufkraftarmen Bürgern im Westen stehen weniger als 17 Prozent im Osten gegenüber.

## Regionale Armut: Gefälle zwischen Stadt und Land

So viel Prozent der jeweiligen Bevölkerung hatten 2014 weniger als 60 Prozent des regional preisbereinigten Medianeinkommens zur Verfügung – galten also als kaufkraftarm



### Die Flop 5

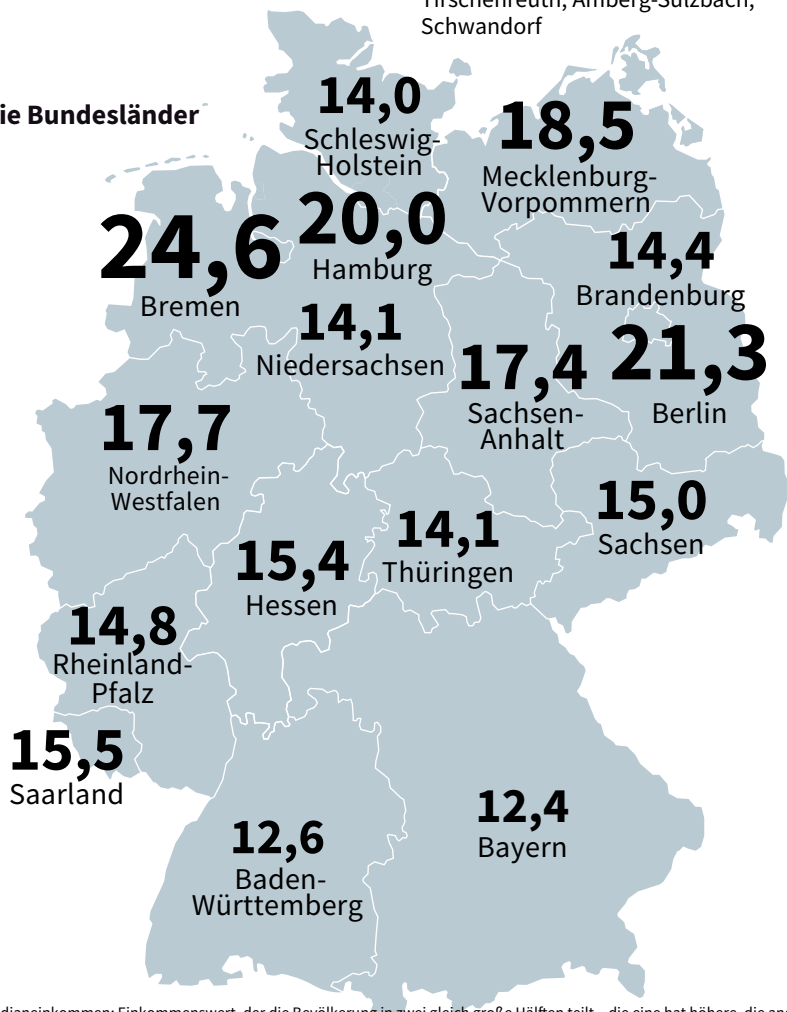
Bremerhaven	28,5
Gelsenkirchen	28,4
Köln	26,2
Duisburg	24,1
Bremen	24,0



### Die Top 5

Landkreise Bodenseekreis, Sigmaringen, Ravensburg	8,6
Landkreise Erlangen-Höchstadt, Fürth, Nürnberger Land, Roth	8,8
Landau in der Pfalz, Landkreise Südliche Weinstraße, Germersheim	9,0
Landshut, Landkreise Landshut, Kellheim, Rottal-Inn, Dingolfing-Landau	9,2
Weiden in der Oberpfalz, Amberg, Landkreise Neustadt an der Waldnaab, Tirschenreuth, Amberg-Weizsach, Schwandorf	9,6

### Die Bundesländer



Medianeinkommen: Einkommenswert, der die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt – die eine hat höhere, die andere hat niedrigere Einkommen

Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2014, Statistisches Bundesamt © 2016 IW Medien / iwd



• **Stadt-Land-Vergleich.** Ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus liegt die Armutsquote in den Städten durchschnittlich bei 19 Prozent und auf dem Land bei knapp 15 Prozent.

**Aufgrund der höheren Lebenshaltungskosten sind in den Metropolen aber gut 21 Prozent der Einwohner kaufkraftarm – auf dem Land beträgt der Anteil dagegen weniger als 14 Prozent.**

Das Stadt-Land-Gefälle zeigt sich auch beim Blick auf die einzelnen Regionen in Deutschland. Auf der Liste der Gebiete mit der höchsten Kaufkraftarmutsquote stehen nur Städte (Grafik Seite 8):

**Deutschlands kaufkraftärmste Stadt ist Bremerhaven – dort hatten 2014 fast 29 Prozent der Einwohner weniger als 60 Prozent des preisbereinigten mittleren Einkommens zur Verfügung.**

Die geringsten Anteile an kaufkraftarmen Einwohnern verzeichnen dagegen allesamt Landkreise – vornehmlich im Süden.

Städte machen also arm. Doch das ist es nicht allein: Zugleich sind tendenziell arme Bevölkerungsgruppen in der Stadt überproportional stark vertreten. So ziehen Migranten oft dorthin, wo bereits viele ihrer Landsleute leben – unter anderem, weil sich dann soziale Kontakte leichter knüpfen lassen und das Angebot an religiösen Einrichtungen und speziellen Supermärkten besser ist. Alleinerziehende wiederum finden in Städten leichter eine wohnortnahe Kita. Auch Alleinstehende und Arbeitslose sind häufiger Stadt- als Landbewohner.

Wenn die Politik Armut bekämpfen will, muss sie deshalb vor allem die Arbeitsmarktchancen dieser Risikogruppen verbessern. Dabei ist zum einen die Bildungspolitik gefordert. Eine flächendeckende Ganztagsbetreuung für unter Drei-

jährige könnte dazu führen, dass zusätzlich 84.000 Alleinerziehende einen Vollzeitjob aufnehmen und weitere 26.000 Teilzeit arbeiten.

Migranten muss die Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse erleichtert werden – etwa durch passende Weiterbildungsangebote.

Zum anderen ist aber auch ein Kurswechsel in der Regionalpolitik nötig. Sie sollte künftig stärker Städte mit Strukturproblemen und hoher Arbeitslosigkeit in den Blick nehmen. Eine Option wäre zudem ein Programm, das es überschuldeten

Kommunen erlauben würde, ihre oft sehr hohen Gewerbesteuersätze zu senken, Altindustrie- und Gewerbeflächen zu revitalisieren sowie die Ansiedlung von Kleinbetrieben zu fördern. Dies ließe sich auch mit entsprechenden Maßnahmen der Städtebauförderung verbinden. All dies könnte weitere Arbeitsplätze schaffen und dazu beitragen, die Armutsquoten in den Städten zu senken.

Weitere Informationen unter:  
[iwkoein.de/regionale-armut](http://iwkoein.de/regionale-armut)

## Einkommensarmut in Deutschland: Der Einfluss der Preise

So viel Prozent der Bevölkerung in der jeweiligen Gruppe hatten 2014 weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung und galten deshalb als einkommensarm

	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	Stadt	Land	Deutsch-land
Insgesamt, ohne Preisbereinigung	14,4	19,1	18,7	14,5	15,4
Insgesamt, mit Preisbereinigung (Kaufkraftarmut)	14,9	16,8	21,4	13,7	15,3
darunter:					
Personen in Haushalten mit Arbeitslosen	45,8	54,7	58,4	45,2	48,4
Personen mit Migrationshintergrund	23,9	28,2	33,0	21,4	24,4
Alleinstehende	23,4	27,6	27,8	23,3	24,3
Personen in Alleinerziehendenhaushalten	30,7	33,2	38,2	29,5	31,3
Personen ohne erhöhte Risikofaktoren	5,7	5,9	5,7	5,5	5,7
<i>Mittlere Kaufkraft in Euro</i>	<i>1.564</i>	<i>1.424</i>	<i>1.433</i>	<i>1.570</i>	<i>1.535</i>
<i>Preisniveau (Deutschland = 100)</i>	<i>101,1</i>	<i>95,7</i>	<i>105,4</i>	<i>98,5</i>	<i>100,0</i>

Medianeinkommen: Einkommenswert, der die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt – die eine hat höhere, die andere hat niedrigere Einkommen; Stadt: Regionen mit ausschließlich kreisfreien Städten; Land: Regionen, die sich aus Landkreisen oder Landkreisen und Stadtkreisen zusammensetzen; Kaufkraftarmut: Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des regional preisbereinigten deutschen Medianeinkommens, in Prozent der Bevölkerung; Personen ohne erhöhte Risikofaktoren: Personen in Mehrpersonenhaushalten, ohne Alleinerziehende, ohne Arbeitslose im Haushalt und ohne Migrationshintergrund; mittlere Kaufkraft: Median des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens (Äquivalenzeinkommen), umgerechnet auf deutsches Preisniveau (regionale Preisdifferenzen sind herausgerechnet)

Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2014, Statistisches Bundesamt © 2016 IW Medien / iwd

# Vorbildliche Skandinavier

**Chancengleichheit.** Selbst die elf Jahre amtierende Kanzlerin Angela Merkel konnte die Chancengleichheit in der Bundesrepublik nicht nachhaltig befördern: Im aktuellen Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums rutschte Deutschland innerhalb von zehn Jahren vom respektablen Platz 5 auf Platz 13 ab.

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) tagt nicht nur einmal im Jahr unter großer medialer Anteilnahme in Davos, sondern legt auch seit zehn Jahren den Global Gender Gap Report vor. Der Bericht vergleicht die Chancengleichheit von Frauen und Männern in vier Bereichen: der wirtschaftlichen Beteiligung, dem Bildungsniveau, der Gesundheit und Lebenserwartung sowie der politischen Teilnahme.

Schon seit Jahren schneiden skandinavische Länder am besten ab (Grafik):

**Die Chancengleichheit ist 2016 laut Weltwirtschaftsforum in Island, Finnland, Norwegen und Schweden am höchsten.**

Exakt dieselben Länder haben auch im ersten Gender Gap Report, der 2006 herauskam, die besten Werte erzielt – wenn auch in umgekehrter Reihenfolge.

Deutlich mehr Bewegung gibt es jedoch auf den nachfolgenden Plätzen. So konnten sich Frankreich, die Schweiz und Slowenien in puncto Geschlechtergerechtigkeit enorm verbessern. Dass Frankreich innerhalb von zehn Jahren von Platz 70 auf Platz 17 vorrückte, liegt vor allem an der höheren Erwerbstätigenquote von Frauen, an ihrer größeren Präsenz in technischen Berufen und an der Zahl der Ministerinnen – im Élysée-Palast sind aktuell neun von 17 Ministerposten mit Frauen besetzt.

Die Schweiz arbeitete sich im selben Zeitraum von Platz 26 auf Platz 11 vor, auch deshalb, weil es heute deutlich mehr Parlamentarierinnen und Ministerinnen in Bern gibt als 2006. Slowenien verbesserte sich von Platz 51 auf Platz 8 aufgrund einer hohen Frauenerwerbstätigenquote (67 Prozent) sowie den vielen Ministerinnen (44 Prozent) und Parlamentarierinnen (37 Prozent) im Land.

Eine ganze Reihe von Staaten – vor allem Industriestaaten – hat sich in Fragen der Chancengleichheit allerdings deutlich verschlechtert:

**Deutschland landet nunmehr auf Platz 13, 2006 errang die Bundesrepublik noch Platz 5.**

Eine Ursache dafür ist laut WEF die Stagnation bei der Besetzung von Führungspositionen – etwa als Richterinnen, hohe Beamte oder als Managerinnen. So sei nur gut ein Viertel dieser Positionen mit Frauen besetzt.


## Chancengleichheit: Top 10 der emanzipierten Länder

Diese Länder schnitten 2016 im Global Gender Gap Report am besten ab. Er misst die Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaft, Politik, Gesundheit und Bildung. Skala von 0 (keine Chancengleichheit) bis 1 (Chancengleichheit)

Platz		Gesamtwert	Platz in 2006
1	Island	0,87	4
2	Finnland	0,85	3
3	Norwegen	0,84	2
4	Schweden	0,82	1
5	Ruanda	0,80	n.v.
6	Irland	0,80	10
7	Philippinen	0,79	6
8	Slowenien	0,79	51
9	Neuseeland	0,78	7
10	Nicaragua	0,78	62
	...	...	...
13	<b>Deutschland</b>	<b>0,77</b>	<b>5</b>

Nicaragua: In den Gesamtwert sind 2006 nur zwölf von insgesamt 14 Indikatoren eingeflossen; Anzahl der Länder im Vergleich: 2006: 115, 2016: 144

Quelle: Weltwirtschaftsforum  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Mit Platz 100 schneidet Deutschland auch vergleichsweise schlecht ab bei der Gleichstellung im Bildungsbereich (Grafik). Hier ist die Konkurrenz allerdings auch am härtesten: In vielen Ländern haben Frauen in der Schule und an den Universitäten bereits ähnliche Chancen wie Männer: Mit 95 Prozent ist die globale Geschlechterlücke im Bereich Bildung schon fast geschlossen.

Doch auch andere Industrieländer haben sich seit 2006 verschlechtert: Das Vereinigte Königreich (von Platz 9 auf Platz 20), Spanien (von Platz 11 auf Platz 29), die Niederlande (von Platz 12 auf Platz 16), Australien (von Platz 15 auf Platz 46), die USA (von Platz 23 auf Platz 45), Österreich (von Platz 27 auf Platz 52) und die Türkei (von Platz 105 auf Platz 130) konnten ihren Rang nicht halten.

Von allen 144 untersuchten Staaten haben nur 68 ihre Werte gegenüber dem Vorjahr verbessert. Das Gros der betrachteten Länder bietet Frauen also schlechtere Chancen als 2015. Deshalb gehen die WEF-Forscher nun auch nicht mehr davon aus, dass die Geschlechterlücken weltweit in 120 Jahren geschlossen sind, sondern erst in 170 Jahren – vorausgesetzt, die Entwicklung und die sich abzeichnenden aktuellen Trends halten überall an.

## Datenbasis & Methodik

Die meisten Vergleichsdaten, die für den Global Gender Gap Report herangezogen werden, stammen aus öffentlich zugänglichen Datenbeständen internationaler Organisationen – wie der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie der Weltgesundheitsorganisation.

Die Bewertung der Daten führt allerdings mitunter zu fragwürdigen Ergebnissen: In den Bildungsindikator gehen beispielsweise auch Daten zur Alphabetisierung und zur Teilhabe auf den unterschiedlichen Bildungsstufen ein. Deutschland erreicht im aktuellen Report im Bereich Bildung nur Platz 100, wohingegen Nicaragua Platz 1 erzielt – obwohl dort 17 Prozent der Frauen nicht lesen und schreiben können. Weil die Analphabetenquote der Männer mit 18 Prozent aber noch größer ist, erringt Nicaragua in dieser Teilkategorie sogar Platz 1.

Insgesamt gilt: Je näher der Index am Wert von 1 liegt – das entspricht der vollkommenen Chancengleichheit –, desto geringer ist die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im jeweiligen Land. Im aktuellen Global Gender Gap Report wurden 144 Länder untersucht.

## Chancengleichheit: Auf der Schulbank am ehesten möglich

So schnitten die zehn besten Länder im Global Gender Gap Report in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Politik im Jahr 2016 ab (Skala von 0 (keine Chancengleichheit) bis 1 (Chancengleichheit))

- Platz
- Gesamtwert

Platz insgesamt	Wirtschaftliche Beteiligung und Chancen		Zugang zu grundlegender und höherer Bildung		Politisches Mitwirken	
	Platz	Gesamtwert	Platz	Gesamtwert	Platz	Gesamtwert
1 Island	9	0,81	1	1,00	1	0,72
2 Finnland	16	0,79	1	1,00	2	0,61
3 Norwegen	7	0,82	28	1,00	3	0,58
4 Schweden	11	0,80	36	1,00	6	0,49
5 Ruanda	8	0,82	110	0,96	8	0,45
6 Irland	49	0,71	1	1,00	5	0,50
7 Philippinen	21	0,78	1	1,00	17	0,39
8 Slowenien	19	0,78	25	1,00	18	0,39
9 Neuseeland	24	0,77	40	1,00	16	0,39
10 Nicaragua	92	0,63	1	1,00	4	0,51
...	...	...	...	...	...	...
<b>13 Deutschland</b>	<b>57</b>	<b>0,69</b>	<b>100</b>	<b>0,97</b>	<b>10</b>	<b>0,43</b>

**Wirtschaftliche Beteiligung und Chancen:** z.B. Erwerbstätigkeit und Führungspositionen

**Zugang zu grundlegender und höherer Bildung:** z.B. Alphabetisierungsrate und Abschlüsse auf verschiedenen Bildungsstufen

**Politisches Mitwirken:** z.B. Anzahl der Parlamentarierinnen und Ministerinnen

Platz insgesamt: inklusive der Indexwerte für den Bereich Gesundheit und Lebenserwartung; Anzahl der Länder im Vergleich: 144

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
(verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Carsten Ruge, Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,  
Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de  
**Bezugspreis:**  
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,  
inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon: 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:**  
Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445  
**Druck:** Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die  
elektronische Verwertung über:  
lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
pressemonitor.de

**iw.köln.wissen**  
SCHAFFT KOMPETENZ.

# Top-Liste: Medien in Europa

Populisten bemühen neuerdings gern das Wort von der „Lügenpresse“, um die mediale Berichterstattung anzuzweifeln. Die Bundesbürger halten im europäischen Vergleich aber recht viel von Zeitungen, Funk und Fernsehen: So meinen 53 Prozent, dass die Medien frei von politischem und wirtschaftlichem Druck berichten. Und 72 Prozent sehen die verbreiteten Informationen als vertrauenswürdig an. In vielen anderen EU-Ländern ist die Skepsis deutlich größer: Von den Spaniern halten nur 24 Prozent die Medien für frei, in Griechenland sind es sogar nur 12 Prozent. Über ganz Europa hinweg hat das Radio noch den besten Ruf: 66 Prozent der EU-Bürger halten es für verlässlich. Jeweils 55 Prozent vertrauen der Berichterstattung von Presse und Fernsehen, aber nur 32 Prozent den Aussagen in den sozialen Medien.



## Freiheit der Medien: Viele Europäer sind skeptisch

So viel Prozent der Bürger beantworteten die Frage „Informieren die Medien in Ihrem Land frei von politischem oder kommerziellem Druck?“ mit „Ja“

1	Finnland	78	24	Malta	28
2	Niederlande	61	25	Frankreich	26
3	Dänemark	61	26	Zypern	25
4	Österreich	54	27	Spanien	24
5	<b>Deutschland</b>	<b>53</b>	28	Griechenland	<b>12</b>
...					



Befragung von 27.768 EU-Bürgern im September 2016

Quelle: EU-Kommission  
© 2016 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

der Beschäftigten freuen sich besonders über Weihnachtsgeld. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der ManPower Group Deutschland, die die Adventswünsche der Arbeitnehmer erfragt hat. Am zweitwichtigsten ist Arbeitern und Angestellten demnach Urlaub zwischen Weihnachten und Neujahr, auf Platz 3 landet die betriebliche Weihnachtsfeier. Auch Naschkörbe, festlich geschmückte Büros sowie kleine Aufmerksamkeiten von Vorgesetzten werden von Berufstätigen gewürdigt.

## Neu auf iwd.de: EU-Agenda soll Jobchancen erhöhen

Lesen, Schreiben, Rechnen – wer dabei Schwierigkeiten hat, tut sich auch auf dem Arbeitsmarkt schwer. Mit der New Skills Agenda will die EU-Kommission das Bildungsniveau in den Mitgliedsstaaten anheben sowie die digitalen Kompetenzen und das unternehmerische Denken der Bürger fördern. Ein weiteres Ziel der EU: Junge Menschen sollen für Ausbildungsberufe begeistert werden. Einen Überblick über die Stärken und Schwächen der Agenda gibt es auf iwd.de.

